

dings mit rassistisch unstatthaftem Geschlechtsverkehr zu tun...

Das hamburgische amtliche Verhalten nach dem Krieg fand sich, wie gesagt, widergespiegelt in anderen westdeutschen Ländern, teils abgeschwächt, teils verstärkt. Aus der stillen Praxis der Restauration, die öffentlich vielfach kaum wahrgenommen wurde, ragten zuweilen sensationelle Einzelfälle hervor. So durfte ein besonders angepaßter NS-Jurist 1962 sogar Generalbundesanwalt werden: Wolfgang Fränkel. Dokumente aus der DDR brachten ihn zu Fall.

Es war die Zeit der langsamen Wende. Hauptsächlich vollzog sie sich biologisch, einfach durch natürlichen Rückzug hinter die Pensionsgrenze. Zusätzlich verlangten die Nachwachsenden einen verantwortungsbewußteren Umgang mit der Vergangenheit. Beides, das Zurücktreten der Altgewordenen und das kritische Vordringen der Jungen, muß zusammengesehen werden, wenn man den Umschwung zu

erklären sucht, das späte Bemühen seit den sechziger Jahren, nationalsozialistisches Justizerbe aufzuarbeiten. Mit dieser Zusammenschau beschließt Ralph Angermund sein Buch "Deutsche Richterschaft 1919-1945" vom vergangenen Jahr. Im Wortlaut:

"Der Prozeß der Distanzierung vom NS-Regime und der Aufarbeitung der eigenen Schuld kam in der deutschen Richterschaft erst nach der totalen Niederlage sehr langsam und gegen viele Widerstände in Gang. Letztlich bedurfte es des Ausscheidens der 'Dabeigewesenen', des Generationswechsels in den 60er und 70er Jahren und der damit verbundenen Veränderungen der politischen Kultur und des Vergangenheitsverständnisses, damit der Weg frei wurde für eine kritische Aufarbeitung der NS-Geschichte der Justiz."

(Das Manuskript wurde freundlicherweise vom Norddeutschen Rundfunk - Funkhaus Hannover zur Verfügung gestellt. Es wurde im Februar 1992 auf NDR 3 und NDR 4 ausgestrahlt.)

BERICHTE

Ocke H. H. Peters:

Schleswig-Holstein hat sich als Versteck für NS-Verbrecher bewährt:

Für Erich Waldemar Krause wurde sogar gelogen

Schleswig-Holstein hat sich nach dem Krieg als Unterschlupf für Nazi-Verbrecher einen unrühmlichen Namen gemacht. "Nirgends sonst", sagt der Jurist und Historiker Klaus Bästlein, "lebten die Täter so unbeschwert." Ein Beispiel ist der frühere Gruppenleiter Erich Waldemar Krause, dem Massenerschießungen in der Ukraine zur Last gelegt wurden und der dennoch 37 Jahre lang nahe-

zu unbehelligt in Kiel gelebt hat. Um ihn vor Verfolgung zu schützen, belog die Regierung sogar Parlament und Öffentlichkeit.

Krause, am 15. Juni 1908 in Straßburg geboren, wurde wegen seiner NS-Vergangenheit 1970 in Düsseldorf vor Gericht gestellt. Der Staatsanwalt warf ihm vor, "zu der grausam begangenen Tötung von mindestens 500 Menschen wissentlich

durch Tat Hilfe geleistet zu haben". Nach den Ermittlungen hat Krause

"im Bezirk Luzk/Ukraine die Erschießung von mindestens 500 Menschen im sogenannten Handwerker-Getto lebenden Juden ...in einem nahegelegenen Wald ...angeordnet und überwacht".

Krause hatte über ein Jahr in Untersuchungshaft gesessen. Sein Verfahren wurde 1972 zunächst vorläufig und vier Jahre später endgültig eingestellt, weil er nach ärztlichem Befund schwer herzkrank war und schließlich einen Herzhintertwand-Infarkt attestiert bekam.

1982 tauchte sein Name noch einmal auf, und zwar im Prozeß gegen den ehemaligen NS-Gebietskommissar Wilhelm Westerheide vor dem Schwurgericht in Dortmund. Zahlreiche Zeugen bezeichneten Krause als "besonders blutrünstig". Die Staatsanwaltschaftliche Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechern in Dortmund und das Gericht suchten ihn, um ihm den Prozeß zu machen, fanden ihn aber nicht. Ein Journalist aus Bad Oeynhausen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes spürten ihn jedoch in Kiel auf.

Dort lebte Krause nach Angaben des Kieler Innenministeriums schon seit dem 1. März 1955 und war auch ordnungsgemäß gemeldet. Adresse und Telefonnummer konnte man im Amtlichen Fernsprechbuch nachlesen. Krause war nach offiziellen Angaben 1952 bis 1968 als Kriminalbeamter in Flensburg und beim Kriminalpolizeiamt in Kiel tätig, bevor er als Regierungskriminalrat in den Ruhestand trat.

1984 brachte der Journalist ihn erneut zur Anzeige, und die Kieler Staatsanwalt-

schaft nahm Ermittlungen auf. Nach wenigen Monaten allerdings verliefen sie im Sande, weil "große Zweifel bestehen, ob Krause der Gesuchte ist", wie der Sprecher der Behörde formulierte. Dem SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Jensen teilte der damalige Justizminister Henning Schwarz (CDU) auf eine Parlamentsanfrage mit, daß Krause "als Täter nicht in Betracht kam", sondern daß sich "ein namensgleicher, im übrigen unbekannt gebliebener Zivilbediensteter am Tatort in Rußland aufgehalten hat".

Diese Version wurde auch der Presse übergeben, jedoch ist sie falsch. Hinter vorgehaltener Hand bestätigte seinerzeit schon ein hochrangiger Beamter, daß der Kieler Krause "in NS-Verfahren verstrickt war". Weil niemand das schreiben durfte, unterblieb die Berichterstattung über diesen Fall, und genau dies war gewünscht.

Mittlerweile ist die vertrauliche Mitteilung von damals in Kreisen der inzwischen SPD-geführten Landesregierung bestätigt worden, und auch Krause selbst hat später aus dem "gegen mich anhängig gewesenem Strafverfahren" keinen Hehl mehr gemacht. Ein neues Verfahren mußte er nicht mehr fürchten, denn er hatte sich auf öffentlichen Druck hin erneut untersuchen lassen müssen und war endgültig "prozeßunfähig" geschrieben worden.

Am 11. April dieses Jahres ist er im Alter von 83 Jahren gestorben und hat in Niedernstöcken/Niedersachsen ein christliches Begräbnis gefunden. Pastor Henning Busse wußte, "daß da was war", aber "es ist nicht Sache der Kirche zu rechten."

Sigrun Jochims und Eckhard Colmorgen:

Die AKENS-Exkursion am 31. Mai 1992 nach Lübeck

Ein bißchen Spontanität war schon gefragt, als die Mitglieder des AKENS die Einladung zur Exkursion nach Lübeck in Händen hielten. Aber die geglückte Terminabsprache mit dem Kantor der Lübecker Synagoge, so versicherte Detlef Korte, erforderte kurzentschlossenes Handeln. Die angereisten Teilnehmer/innen wurden auch mit sonnigem Wetter, einer (fast) autofreien Lübecker Innenstadt und einer interessanten Wissensvermittlung belohnt.

Die Ausstellung

Lübeck ist die einzige Stadt in Schleswig-Holstein, deren verantwortliche Politiker an die in ihrer Stadt vor 50 Jahren verübten Verbrechen unter nationalsozialistischer Herrschaft erinnern. (Die Ankündigung einer Gedenkstunde sowie einer Ausstellung und einer Veröffentlichung findet sich schon in der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung vom 11.07.1991; abgedruckt im Pressespiegel von Heft 21 der INFORMATIONEN zur Schleswig-Holsteinischen ZEITGESCHICHTE.) Nicht die Landeshauptstadt, sondern das offizielle Lübeck gedachte der Wiederkehr des 6. Dezember 1941, als über 90 Juden der Hansestadt deportiert wurden. An jenem Tag wurden aus ganz Norddeutschland Menschen jüdischen Glaubens (54 aus Kiel) in das Ghetto in dem von deutschen Truppen besetzten Riga deportiert und dort ermordet. Dort starb auch der Rabbiner von Lübeck und spätere Oberrabbiner von Altona und Hamburg, Dr. Joseph Carlebach am 26. März 1942. Nun, 50 Jahre später, wurde im historischen Burgtor-

kloster die Gedenkausstellung "... dahin wie ein Schatten - Aspekte jüdischen Lebens in Lübeck" vom Amt für Kultur der Stadt sowie dem Archiv Albrecht Schreiber eröffnet. Von ihm, dem ehemaligen Journalisten der "Lübecker Nachrichten", stammen viele der Ausstellungsobjekte. Albrecht Schreiber erforscht seit Jahren die Geschichte Lübecks in der NS-Zeit.

Bearbeitet wurde die Ausstellung von Dr. Inge Klatt. Ihr stand - so erzählte uns die Kollegin während der Führung - nur recht wenig Zeit für diese Arbeit zur Verfügung. Wir AKENS-Mitglieder konnten uns davon überzeugen, daß ihr trotzdem ein recht guter Überblick über die Geschichte jüdischen Lebens in Lübeck gelungen ist. Die über Jahrhunderte dauernde wirtschaftliche und politische Unterdrückung jüdischer Händler, Kaufleute und Handwerker durch die entsprechenden Interessengruppen in der gar nicht so "freien" Hansestadt bis zu ihrer Verfolgung und Ermordung in der NS-Zeit wird ebenso thematisiert, wie die kulturelle Bereicherung der Stadt durch die über mehrere Generationen ansässigen Lübecker jüdischen Glaubens. Dennoch stellt sich die Frage, ob ein Teil der Lübecker Juden nicht in Vergessenheit gerät, da er in der Kultur und Geschichte Lübecks keine deutlich sichtbaren Spuren hinterlassen hat. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn diesem Sachverhalt durch die einer Ausstellung zur Verfügung stehenden Mittel größere Aufmerksamkeit zu Teil geworden wäre, trifft doch der Titel der Ausstellung "... dahin wie ein Schatten" in besonderer Weise auf diese Menschen zu.

Der Katalog/Die Chronik

Wie schon erwähnt, hat das Archiv der Hansestadt Lübeck eine "Illustrierte Chronik der Juden in Moisling und Lübeck" herausgegeben. Albrecht Schreiber ist der Autor des Heftes "Zwischen Davidstern und Doppeladler", das gleichzeitig als Katalog zur Ausstellung angesehen werden kann. Die Chronik beginnt mit der Dokumentation von Ereignissen in der Mitte des 14. Jahrhunderts und informiert den Leser/die Leserin über die Geschichte der jüdischen Einwohner in Lübeck und Moisling bis in die heutige Zeit. Von einem Schreiben der Rathmannen zu Lübeck an den Herzog Otto von Braunschweig im Jahre 1350, in dem sie "die Juden" (!) für den "schwarzen Tod" von 80.000 bis 90.000 Menschen in Lübeck und Umgebung verantwortlich machen, bis zur Schändung des jüdischen Friedhofs im Stadtteil Moisling durch Neonazis im November 1991 (Bildunterschrift).

Albrecht Schreiber listet anhand der überlieferten Quellen die Geschichte der Jüdischen Bevölkerung in Lübeck auf, und ergänzt diese durch relevante Ereignisse der "großen Politik" (z.B. im Reich), und durch interessante Äußerungen der aus Lübeck stammenden Heinrich und Thomas Mann. Beide Literaten bewegten sich in ihren jungen Jahren in ideologischer Nähe antisemitisch-völkischer Kreise. Daß sie sich in den Jahren 1895/96 als Herausgeber bzw. Artikel-Schreiber der Monatsschrift "Das zwanzigste Jahrhundert, Blätter für deutsche Art und Wohlfahrt" in Berlin hervortaten, wird nicht verschwiegen. In der Nazizeit bezogen dann beide eindeutig Stellung gegen den Nationalsozialismus, sodaß Thomas Mann gemeinsam mit seiner Frau Katia und den Kindern die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Weil, so ist aus der Begründung der deutschen Behörden vom 2. Dezember 1936 zu erfahren, er sich im Exil an Kundge-

bungen jüdischer Verbände beteiligt hätte.

Kritik an dieser Chronik ist aber auch vonnöten, denn sie weist einige Fehler auf, die wohl der großen Eile bei ihrer Erstellung geschuldet sind. So ist unter dem Faksimile des Ausweises der Marie Sara Luckmann (S. 127) zu lesen, daß seit dem 1. Januar 1939 die Personalpapiere der Juden mit einem "J" gekennzeichnet wurden. Das hier abgebildete Dokument ist allerdings schon 1938 in Lübeck ausgestellt worden. Die Richtigstellung bietet die Chronik selbst. Unter dem Datum des 5. Oktober 1938 ist die Einführung der "Kennzeichnung der jüdischen Reisepässe" aufgelistet. In der Bildunterschrift wird die Anordnung für jüdische Frauen den zusätzlichen Vornamen "Sara" anzunehmen (für jüdische Männer den Zusatz "Israel") auf den 17. August 1938 datiert. Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen wurde zwar an diesem Tag erlassen, aber die Zwangsnamen waren erst ab dem 1. Januar 1939 zu führen. Das ist auch in der Chronik so zu finden.

Ärgerlicher als diese Datumsverwechslung ist die falsche Angabe von Zahlen der "Bilanz der Reichskristallnacht" (S. 123). Der Autor hätte schon angesichts der sehr geringen Anzahl der zerstörten Geschäfte jüdischer Inhaber (815) während des Novemberpogroms skeptisch werden müssen. Hier sind die auch in der Literatur häufig zu findenden Angaben des SS-Führers Heydrich vom 11. November aufgeführt. Dies konnte nur ein Zwischenergebnis des Chefs der Sicherheitspolizei an den Ministerpräsidenten Göring sein. Man geht heutzutage von 7.500 zerstörten Geschäften im "Reich" aus, und zählt nicht 36 sondern 91 ermordete Juden während der Novemberpogrome.

Die Vordatierung der "Endlösung der Judenfrage" auf den 24. Januar 1939 (S. 128) ist falsch. Dieser Erlass übertrug

Heydrich die Aufgabe, "die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen" (IMT, Bd. XXVI, S. 266 f.). So schrieb Göring am 31. Juli 1941 an den Gestapo-Chef als er ihn nun mit der "Gesamtlösung der Judenfrage" beauftragte. Die "Endlösung", deren konkrete Planung auf der sogenannten Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 stattfand, wurde von den führenden Nationalsozialisten erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion in die Tat umgesetzt.

Im Glossar auf Seite 167 ist der Name "Kadimah" falsch übersetzt. Er heißt soviel wie "Vorán" oder "Vorwärts". Es gibt allerdings auch eine jüdische Organisation, die "Misrachi" = "Nach Osten" heißt.

Die Synagoge

Am 10. Juni 1880 konnte die Jüdische Gemeinde die Einweihung ihrer neuen Synagoge in der St.-Annen-Straße begehen. Der herrliche Kuppelbau im maurischen Stil wurde während der Pogromnacht am 9./10. November 1938 auf Initiative des örtlichen SA-Standartenführers zwar nicht in Brand gesteckt aber im Innern völlig zerstört. Nachdem die Stadt Lübeck das Anwesen übernommen und der Nazi-Bürgermeister Dr. Hans Böhmcker eine Besichtigung durchgeführt hatte, wurde die Kuppel entfernt und es entstand ein "Ritterhof" im Zeichen des Hakenkreuzes. Die Lübecker Juden wurden von den Nationalsozialisten ermordert und vertrieben, nur elf von ihnen überlebten die NS-Zeit. Nach 1945 gründete sich in Lübeck eine neue Jüdische Gemeinde, deren Mitglieder vorwiegend sogenannte displaced per-

sons waren. Diese Gemeinde hatte aber keinen dauerhaften Bestand. Im Jahre 1968 hörte die Jüdische Gemeinde Lübeck auf, als Körperschaft öffentlichen Rechts zu bestehen. Die Synagoge ging in den Verwaltungsbereich der Jüdischen Gemeinde Hamburg über. Heute können Gottesdienste nur noch stattfinden, wenn Juden aus Hamburg dazu anreisen.

Der Kantor Herr Katz, der Ende der dreißiger Jahre nach Palästina emigrierte und nach dem Krieg in seine Heimatstadt Lübeck zurückkehrte, führt regelmäßig Besuchergruppen - so auch unsere - durch die verwaiste Synagoge. Er informierte gerne über historische und religiöse Hintergründe des Judentums und war auch bereit, geduldig die einfachsten Fragen zu beantworten. Fragen nach den Kultgegenständen, den Aufgaben eines Kantors oder eines Rabbiners, der Rollenzuschreibung von Männern und Frauen im Gottesdienst, den verschiedenen Ausrichtungen der jüdischen Religion, den Streit um den jüdischen Friedhof von Ottensen in Hamburg, usw. Der ältere Herr - Herr Katz wird uns diesen Ausdruck verzeihen - demonstrierte uns so nebenbei Aufgeschlossenheit, Toleranz und Streitkultur pur. Unser Erstaunen über den schlechten Zustand des Gebäudes, bei dem die Farbe und der Putz von den Wänden bröckelt, die Decke an vielen Stellen feucht ist, weil von den zahlreichen, veralteten Heizkörpern nur zwei funktionieren, und die Ansicht, daß die Finanzierung der notwendigen Reparaturen durch die Landesregierung übernommen werden müsse, nahm der höfliche Herr Katz nur zur Kenntnis und versicherte, daß hier wohl bald Abhilfe geschaffen werde.